Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

wendigkeit einer erholsamen Standortveränderung im Urlaub aufmerksam gemacht werden. Durch Aufklärungsarbeit wäre der Versuchung entgegenzuwirken, auf Ortswechsel im Urlaub oder sogar auf den Urlaub selbst zu verzichten, um Konsumgüter auf Kosten eines Erholungsurlaubes anschaffen zu können.

Der Sozialtourismus muß, um dem zwiefachen Ferienbedürfnis der Urlauber zu entsprechen, Erholungsreisen und Erholungsaufenthalte, aber auch kombinierte Veranstaltungen für Erholung und Bildung bieten.

Wenn die derzeitige Bewegung auf Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit einen gewissen Stand erreicht haben wird, wird sich die Prüfung der von medizinischen Wissenschaftern schon vielfach aufgeworfenen Frage aufdrängen, ob weitere Arbeitszeitverkürzungen nicht in der Form der Ferienverlängerung vorgenommen werden sollten. Längere Ferien würden die Verbringung eines Erholungsurlaubes *und* eines Bildungsurlaubes, resp. deren Kombination, erleichtern.

Der Sozialtourismus hat nicht die Aufgabe, eine gleichgeschaltete Ferien- oder Freizeitverbringung zu fördern; seine Aufgabe ist es, mit den verfügbaren Mitteln der Freizeitgemeinschaft den günstigsten individuellen oder gemeinschaftlichen Urlaub zu ermöglichen.

Ablehnung einer Ferien- oder Freizeitschablone (Zwangsurlaube, Beschränkung auf knappe Standardprogramme, Dirigismus) bedeutet nicht Ablehnung der freien und vielfältigen Gemeinschaftsreise. Diese bietet bestimmten Altersgruppen, alleinstehenden Menschen und Reiseungeübten große Vorteile. Anderseits ist auch die Förderung und Erleichterung des individuellen Reisens unerläßlich.

Eine der Hauptaufgaben des Sozialtourismus ist in diesem Zusammenhang die geistige Reisevorbereitung und Reiseausnützung mit Hilfe der Institutionen der Volksbildung. Die sozialtouristischen Organisationen können den Arbeitnehmer- und Jugendverbänden die Bewältigung der Aufgabe erleichtern, ihren Mitgliedern in den verschiedenen Ländern die gegenseitige Kontaktnahme und die Kenntnis des sozialen Lebens zu ermöglichen.

Innerhalb des Sozialtourismus verdienen besondere Berücksichtigung: Kinderreiche Familien, durch besonders preiswerte und familiengerechte Urlaubsmöglichkeiten; Jugendliche, durch jugendgemäße Reisen und Aufenthalte; Rentner durch altersgemäße, besonders preiswerte Möglichkeiten touristischer Freizeitverbringung.»

Zeitschriften-Rundschau

Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen

Unter diesem Titel zieht der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Peter Blachstein* im «*Vorwärts*» (26. Juni 1959), dem Organ der SPD, das Fazit einer Reise, die er zusammen mit anderen deutschen Abgeordneten durch Algerien unternommen hat. Wir müssen uns damit begnügen, einige besonders wichtige Stellen dieser großangelegten Analyse des Algerienproblems, das auch die Schweiz nicht unberührt läßt, zu zitieren:

«Es ist keine innere Angelegenheit Frankreichs, wenn in Nordafrika Krieg geführt wird. Es ist keine innere Angelegenheit Frankreichs, wenn mit Nato-Divisionen und amerikanischen Waffen der Frieden im Mittelmeer ernsthaft und andauernd gefährdet wird. Es ist auch nicht mehr nur eine innere Angelegenheit Frankreichs, wenn sich der algerische Krieg verheerend auf das Verhältnis aller europäischen Völker zu den Völkern Afrikas und des Nahen Ostens auswirkt... Nordafrika strebt nach Einheit und kann sie nur finden, wenn der letzte Teil der arabischen Welt, der seine Freiheit noch nicht erhalten hat, selbständig wird... Je eher Frankreich seine unhaltbare These aufgibt, daß Algerien ein Teil Frankreichs sei, um so größer ist die Chance, daß die heute noch entscheidenden gemäßig-

ten algerischen Politiker sich für eine enge Zusammenarbeit eines föderierten Nordafrika mit Frankreich einsetzen werden... Frankreich kann militärisch nicht siegen, aber es kann diesen Streit ehrenvoll abschließen.»

Weiter konstatiert Blachstein: «Das große Geschäft lockt. Der algerische Krieg riecht nach Oel und Erdgas. Es herrscht Kriegs- und Oelkonjunktur in diesem vom Krieg gepeinigten Land. Sie sind alle da, die großen Oelkonzerne. Gewaltige Projekte von Oelleitungen, Erdgasleitungen, neuen Industrien, neuen Städten, neuen Bodenkulturen werden entwickelt. Nur die eingeborene Bevölkerung des Landes ist dabei unbeteiligt oder das Opfer rücksichtsloser Umsiedelungsmaßnahmen...»

Abschließend schreibt der sozialdemokratische Politiker: «Für uns kann es nur eine Aufgabe geben in diesem Konflikt, nämlich den Besonnenen auf beiden Seiten zu raten: Beendet diesen schrecklichen Krieg! Wir möchten mit Frankreich am friedlichen Aufbau Nordafrikas arbeiten. Uns Sozialisten erfüllt der brennende Wunsch, daß es jenen französischen Sozialisten und Demokraten, die Algeriens Recht auf Freiheit anerkennen, bald gelingen möge, den Krieg in Nordafrika zu beenden. Uns schmerzt es, als Europäer diesen Krieg nicht verhindern zu können. Uns bleibt die Pflicht, die Wahrheit zu sagen und den Opfern des Krieges Hilfe zu leisten.»

Die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, wird glücklicherweise auch dort empfunden und befolgt, wo es am schwierigsten ist, nämlich in Frankreich selbst. Als ein Zeugnis unter vielen zitieren wir aus *«Témoignage Chrétien»*: «Die Torturen werden so lange dauern wie der Krieg, und das ist die Wahrheit. General de Gaulle weiß es, Debré weiß es, der Justizminister weiß es, die Behörden wissen es, die Presse weiß es, die Kirche weiß es. ‚*La Gangrène*' (das kürzlich erschienene, sofort von der Polizei beschlagnahmte Buch über die Folterungen algerischer Studenten) zwingt, die entscheidenden Fragen zu stellen: Ja oder Nein, sind Folterungen vorgenommen worden? Kann der Staat sie verurteilen, ihre Wiederholung verhindern? Und wenn er es nicht kann – weiß er, warum er ohnmächtig ist? Es gibt in Frankreich noch freiheitliche Geister. Es ist an ihnen, diese Fragen zu stellen, Antworten zu verlangen und die Konsequenzen aus diesen Antworten zu ziehen. Nicht aus Lust am Skandal. Nicht aus Haß gegen das Vaterland. Sondern weil ein Frankreich, das dem Willen von Völkern, die leben wollen, Folterungen entgegensetzt, selbst vom Tod bedroht wäre.»

Vor dem Ende der nationalistischen Epoche

Der *«Deutschen Zeitung»* (Nr. 56) entnehmen wir die folgende beachtenswerte Betrachtung:

«Ganz zaghaft deutet sich jenes Ende der nationalistischen Epoche an, von dem auf europäischen Kongressen so häufig die Rede ist. *Carlo Schmid* erregte zwar mit seiner Bemerkung, daß ‚nur ein Irrer' an die Rückführung der Sudetengebiete ins deutsche Staatsgebiet glauben könne, den Unwillen der Vertriebenenverbände... Aber es verdient festgehalten zu werden, daß ein deutscher Politiker heute die Ostgrenzen anerkennen kann, ohne den Rest seines Lebens verfehmt am Schandpfahl verbringen zu müssen. Nur ist solch eine Bescheidung dann wenig folgenreich, wenn die andere Seite fortfährt, ihren Nationalismus zu pflegen. Doch auch hier sind erste Anzeichen für eine Besserung zu registrieren. In Berlin hielt der ehemalige polnische Generalkonsul in Amsterdam, Professor *Stefan Lubensky*, einen Vortrag vor der Anthroposophischen Gesellschaft. Er bedauerte darin die Entwicklung, die Polen genötigt habe, seine Ostgebiete zu opfern und sich nach Westen auszudehnen. Er empfahl, die Oder-Neiße-Grenze ‚in ehrlicher und vor allem rechtlicher Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker zum Verschwinden zu bringen'. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum nicht auch an der deutschen Ostgrenze das möglich sein soll, was an der Westgrenze möglich war. Die beiden Professoren haben ihr Scherflein dazu beigetragen, daß eines Tages die

‚Erbfeindschaft' mit den Polen und Tschechen genau so begraben wird wie die mit den Franzosen.»

In diesem Zusammenhang ist auch ein Aufsatz interessant, den Dr. *Wladiyslaw Sliwka-Szczerbic* in der in Darmstadt erscheinenden «*Stimme der Gemeinde*» (Heft 12) über die Westgrenze Polens veröffentlicht. Der polnische Autor erklärt, weshalb Polen sich für die allgemeine Entspannung und die Liquidierung des Kalten Krieges und für die Schaffung der atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einsetzte und schreibt dann abschließend:

«Es ist charakteristisch, daß alle diese Initiativen in Bonn nur eine einzige Antwort ausgelöst haben: Nein, nein, nein! Es ist bedauerlich und sehr symptomatisch, daß die westdeutsche Regierung selbst keinen konstruktiven Gegenvorschlag gemacht hat. Sollte diese konsequente Negation wirklich als einzige Antwort von Bonn aus gelten? Wie bekannt, hat die polnische Regierung ... ihr Einverständnis erklärt, an der Außenministerkonferenz und an der Konferenz auf höchster Ebene, die die Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und der europäischen Sicherheit behandeln sollen, teilzunehmen. Und wieder hat sich der westdeutsche Außenminister, Herr von Brentano, gegen eine solche Teilnahme ausgesprochen. Wenn man solche Stellungnahmen hört, dann muß man sich wirklich fragen, ob man etwa in Bonn vergessen hat, daß es Deutschland war, das den Zweiten Weltkrieg ‚total verloren' hat ... Es handelt sich aber jetzt darum, diesen Krieg auch formell zu Ende zu bringen und die Verhältnisse in Europa so zu ordnen, daß die Völker dieses Kontinents nicht wieder vor der gleichen Gefahr Angst haben müssen. Und das ist unser aller Anliegen – daran müssen wir also alle ehrlich und aufrichtig mitarbeiten.»

Hinweise

Ein stattliches Sonderheft von rund 130 Seiten Umfang hat die Zeitschrift «*Osteuropa*» (Heft 5/6) dem 21. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewidmet. Eine lange Reihe von guten Kennern der russischen Verhältnisse, wie Klaus Mehnert, Boris Meißner, Erik Boettcher u. v. a. analysieren Probleme, wie Partei und Staat, Wandel in der sozialen Struktur der Partei, Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der SU, das Verhältnis zu Jugoslawien, Wirtschaftswachstum durch Rationalisierung usw.

Im Mai-Heft der vom hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv herausgegebenen Monatsschrift «*Wirtschaftsdienst*» verdienen zwei Abhandlungen zu Europaproblemen Beachtung: *Willi Birkelbach* schreibt über «Das Arbeitsrechtsverhältnis im werdenden Europa» und Dr. *Gerhard Schnorr* über «Lohngleichheit als Harmonisierungsprinzip in der europäischen Wirtschaft».

Im Juni-Heft der katholischen Zeitschrift «*Hochland*» setzt sich *Martin Kriele* sehr scharf mit den umstrittenen Auffassungen von Pater Gundlach über die angeblich von Pius XII. als sittlich zulässig bezeichnete Verwendung von Atomwaffen auseinander. Wir zitieren einige Sätze: «Gundlachs Auffassung, daß es auf den Weltuntergang notfalls nicht ankomme, steht in direktem Widerspruch zur Lehre Pius' XII. ... Angesichts der von Pius XII. betonten Grundsätze des Völkerrechts ... ist es alarmierend, wenn gesagt und geglaubt wird, Pius XII. habe die Anwendung der Aomwaffen ausdrücklich für zulässig erklärt. Es geht nicht an, nach dem Tode dieses Papstes seine Autorität für die eigene, höchst anfechtbare Meinung in Anspruch zu nehmen. Auch der verheerenden Nebenwirkungen dieses seines Tuns scheint sich Gundlach nicht bewußt gewesen zu sein. Seine Ansicht läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Zweck jedes Mittel heiligt, und zwar selbst dann, wenn die verteidigten Güter mit zugrunde gehen. Dieser Grundsatz würde erstens den Gegnern der Kirche berechtigte Argumente liefern, wenn er nicht den von der Kirche und von Pius XII. stets betonten Moralprinzipien geradezu widerspräche. Er erhöht zweitens die Gefahr der geistigen Selbstzerstörung der Menschheit. Drit-

tens sind seine demoralisierenden Auswirkungen noch gar nicht abzusehen; bedeutet er doch in allem Ernst nicht weniger als die Destruktion des intellektuellen Gewissens.»

Mit ähnlicher Schärfe setzt sich *Helmut Gollwitzer* mit dem bekannten Buch von Karl Jaspers über die Atombombe und mit der nach seiner Ansicht völlig sinnwidrigen Verleihung des Friedenspreises der deutschen Buchhändler an Jaspers auseinander; dieser sehr lesenswerte Aufsatz ist in der 1.-Mai-Nummer von «*Die Kultur*» und in Heft 6 der protestantischen Monatshefte «*Junge Kirche*» veröffentlicht.

Zum gleichen Thema: «Der Philosoph und die Bombe» von *Christoph Meyer* in der Vierteljahresschrift «Eckart» (2); ferner zur Würzburger Tagung der Katholischen Akademie in Bayern *Peter Nellen* unter dem Titel «Gerechter atomarer Krieg?» (*«Frankfurter Hefte»*, April).

In der in Paderborn erscheinenden, von der Albertus-Magnus-Akademie zu Walberberg herausgegebenen Zeitschrift «*Die neue Ordnung*» (Juni) finden wir u. a. eine sehr anregende Uebersicht über die neuere Literatur zum Freizeitproblem aus der Feder von *Alois Schardt*.

Die unter dem Titel «*Freiburger Rundbrief*» von Dr. Gertrud Luckner, Prof. Dr. Karl Thieme u. a. herausgegebenen «Beiträge zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente» legen als Nr. 41/44 ein umfangreiches Heft mit zahlreichen Dokumenten und Aufsätzen zum Thema des Antisemitismus vor.

«*Soziale Ordnung*» (Christlich-demokratische Blätter der Arbeit) enthält in Nr. 5 mehrere lesenswerte Beiträge zur Frage des Miteigentums und der Eigentumsstreuung. – Die von der Hans-Böckler-Gesellschaft im 5. Jahrgang herausgegebene Monatsschrift «*Das Mitbestimmungsgespräch*» ist wesentlich ausgebaut worden und brachte in den letzten Monaten wichtige Abhandlungen zu Fragen der Wirtschaftsdemokratie, der Mitbestimmung, der Konzentration in der heutigen Wirtschaft usw.

Dr. Walter Fabian, Zürich.

Buchbesprechungen

Ernst von Schenk. Wer war Karl Marx? Fünf Radiovorträge und eine Aussprache. Evangelischer Verlag AG., Zollikon. 64 Seiten. Broschiert Fr. 4.90.

Der Evangelische Verlag legt hier die vielgehörten Radiovorträge, die der bekannte Schriftsteller und Journalist Ernst von Schenk im Frühjahr 1958 über Radio Basel gehalten hat, in einer gediegenen Broschüre vor. An der zum 1. Mai 1958 ebenfalls über Radio Basel unter dem Titel «Karl Marx heute» durchgeführten Aussprache über die Sendungen, die in der Broschüre ebenfalls wiedergegeben wird, nahmen neben dem Autor Dr. Hans Bauer, Direktor der wissenschaftlichen Abteilung des Schweiz. Bankvereins, Nationalrat Walter Bringolf, Präsident der SPS, Chefredaktor Peter Dürrenmatt, Nationalrat Dr. Valentin Gitermann, Prof. Dr. Jeanne Hersch von der Universität Genf — die bekannte Autorin des Buches «Die Ideologien und die Wirklichkeit» — und Dr. Kurt Müller, Redaktor der «NZZ», teil. Karl Schenk ging es darum, Legenden und Mythologie, die sich um den Namen Karl Marx ranken, zu beseitigen und ein wahrheitsgetreues Bild des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus zu geben. Ob das gelungen ist, wird jeder Hörer der Vorträge und der Aussprache und jeder Leser der nun vorliegenden Broschüre von seinem Standpunkt aus und aus seiner Einstellung zu Marx beurteilen. Dem Autor kann jedenfalls tiefgründige Sachkenntnis und ehrliches Bemühen um historische, politische und philosophische Sachlichkeit nicht bestritten werden. Wer sich um eine sachliche Darstellung des jungen Marx und seines Werdens sowie seiner Auseinandersetzungen mit Hegel und seiner Freundschaft zu Friedrich Engels bemüht, wird mit Gewinn zu der gedrängten und in leicht verständlichem Ausdruck gehaltenen Schrift greifen.

gb.